

Protokoll über die 2. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses in der 1.

Wahlperiode

**Ort:** Potsdam / MBSJ  
**Tag:** 27.04.2015  
**Beginn:** 14:00 Uhr  
**Ende:** 17:00 Uhr

**Anwesende:**

stimmberechtigte Mitglieder:

Frau Dannenberg, MdL

Frau Große, MdL

Frau Augustin, MdL

Herr Mones

Frau Ebell

Herr Sprinzl

Frau Lohmann-Nentwich

Herr Schneider

Herr Decker

Herr Kostrewa → **ab 15.00 Uhr**

Herr Erbert

Frau Schlüter

Frau Schwenter

Herr Kretzschmar

Frau Oltmanns

Herr Dr. Ossege

Frau Berg

Herr Prof. Dr. Früchtel

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder:

Herr Hofmann (Stellvertretung für Herrn Günther, MdL)

Frau Schiefelbein (Stellvertretung für Herrn Lautenbach)

Frau Stobbe (Stellvertretung für Frau Matthesius)

Herr Isermeyer (Stellvertretung für Herrn Kostrewa) → **bis 15.00 Uhr**

entschuldigt:

Herr Günther, MdL

Frau Jordan-Nimsch

Frau von Halem, MdL

Frau Netzel

Herr Lautenbach

Frau Matthesius

Frau Behling

Frau Filkow

Herr Schwochow (→ Ruhestand)

Herr Tölke

Frau Petereit

Herr Herrmann

Frau Beika

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport:

Frau Paepke

Herr Diskowski

Frau Klevenz

Herr Friedel

Frau Gellrich

Herr Grave

Gäste:

Herr Gens (stellvertretendes Mitglied im LKJA)

Frau Schubert (stellvertretendes Mitglied im LKJA)

Herr Scharf (stellvertretendes Mitglied im LKJA)

Frau Engeln (DWBO)

Frau Säger

Protokollführung: Herr Grave

## **TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die Tagesordnung**

Herr Mones stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Tagesordnung wird in der versendeten Form vom 14.04.2015 beschlossen.

## **TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des LKJA am 09.02.2015**

Herr Isermeyer weist auf einen Schreibfehler betreffend die Überschrift des Protokolls hin. Der falsche Terminus „Landes-Kinder- und Jugend*hilfe*ausschusses“ wird durch „Landes-Kinder- und Jugend*ausschusses*“ ersetzt.

Das Protokoll wird in der geänderten Form beschlossen.

## **TOP 3: Berichte aus den Unterausschüssen**

### 3.1. Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz

Frau Ebell berichtet, dass sich der Unterausschuss (UA) am 10.03.2015 konstituiert hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

Vorstellung der einzelnen Mitglieder, Rückblick auf die Tätigkeit des UA in der vergangenen Wahlperiode, Wahl des Vorstands, Berufung zusätzlicher Mitglieder in den UA, Themensammlung (→ siehe Protokoll des UA), Bericht über das Fachforum „Jugendarbeit“, Bericht aus dem parlamentarischen Raum/ ABJS, Bericht der Verwaltung

### 3.2. Kindertagesbetreuung

Herr Schneider berichtet, dass sich der Unterausschuss am 20.04.2015 konstituiert hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

Wahl des Vorstands, Aktuelles aus der Kita-Landschaft (u.a. GORBIKS, VV Kita-PV, aktuelle Statistik über § 10 Kita-PV, Bundesmodellprojekt, Regionalkonferenzen), Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit des UA, Diskussion zur Änderung des Kita-G, Kinder aus Flüchtlingsfamilien, Fortbildungsplanung, Projekt „Kita-Zoom“

### 3.3. Hilfen zur Erziehung

Herr Decker berichtet, dass sich der Unterausschuss am 17.03.2015 konstituiert hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

Wahl des Vorstands, Berufung zusätzlicher Mitglieder in den UA, Fortbildungsplanung, Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Fachtagung „Geschlossene Unterbringung — Alternativlos?“ sowie Umgang mit den fachlichen Ergebnissen

Wichtiger TOP der Sitzung waren die neu zu erarbeitenden „*Kriterien zu Raum- und Personalstandards für das Betriebserlaubnisverfahren bei Einrichtungen und sonstigen Wohnformen der stationären Hilfen zur Erziehung gemäß SGB VIII im Land Brandenburg*“.

Dabei werden u.a. zwei Möglichkeiten betreffend das weitere Verfahren besprochen:

- 1) Der UA erarbeitet eine Beschlussvorlage für den Hauptausschuss, der diese dann **beschließen** kann.
- 2) Das MBSJ fertigt einen Erlass an, zu dem der LKJA die Möglichkeit einer **Stellungnahme** erhält.

Der UA hat sich für die erstgenannte Handlungsoption ausgesprochen. Durch die Anwesenden gibt es dazu keine Gegenrede. Es wird verabredet, den Entwurf der Personalkriterien im Vorfeld der nächsten Sitzung des LKJA an dessen Mitglieder zu versenden.

#### 3.4. Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung

Herr Mones berichtet, dass sich der Unterausschuss am 21.02.2015 konstituiert hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

Wahl des Vorstands, Fortbildungsplanung, (überörtliche) Jugendhilfeplanung, Empfehlung zur Gestaltung und Umsetzung des § 79a SGB VIII, Zusammenarbeit mit MBSJ, Themensammlung

#### **TOP 4: Wahl/Berufung weiterer Mitglieder der Unterausschüsse**

Herr Mones informiert die Anwesenden über ein bei der Geschäftsstelle eingegangenes Schreiben des Landkreistages. Darin wird erklärt, dass aufgrund personeller Veränderungen Frau Thim ihre Mitgliedschaft im LKJA nicht mehr wahrnehmen kann. An ihrer Stelle benennt der Landkreistag Frau Kocaj als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für den LKJA. Die Mitgliedschaft im UA JJQ wird zukünftig durch Frau Schlüter wahrgenommen.

Herr Decker erklärt, dass Herr Schwochow aufgrund des Eintritts in den Ruhestand seine Mitgliedschaft im LKJA nicht mehr wahrnehmen wird. Als Nachfolgerin benennt die LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Frau Engeln (DWBO).

#### 4.1. Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz

Herr Decker wird von den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses in einer offenen Wahl nachträglich in den UA gewählt (0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

Folgende Personen werden dem Ausschuss als zusätzlich zu berufende Mitglieder vorgeschlagen:

- Herr Chris Trzensimiech (Berlin-Brandenburgische Landjugend)
- Herr Sascha Quäck (Stiftung Sozialpädagogisches Institut)

Herr Trzensimiech wird von den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses in einer offenen Abstimmung in den UA berufen (0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen).

Herr Quäck wird von den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses in einer offenen Abstimmung in den UA berufen (0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung).

#### 4.2. Hilfen zur Erziehung

Folgende Personen werden dem Ausschuss als zusätzlich zu berufende Mitglieder vorgeschlagen:

- Herr Robert Kühr (VPK)

Herr Kühr wird von den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses in einer offenen Abstimmung in den UA berufen (3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung).

#### 4.3. Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung

Folgende Personen werden dem Ausschuss als zusätzlich zu berufende Mitglieder vorgeschlagen:

- Frau Carola Wildt (Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg)
- Herr Prof. Dr. Peter Knösel (Fachhochschule Potsdam)

Frau Wildt wird von den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses in einer offenen Abstimmung in den UA berufen (0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen).

Herr Prof. Dr. Knösel wird von den anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses in einer offenen Abstimmung in den UA berufen (1 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen).

#### **TOP 5: Rückblick Fachtagung „Geschlossene Unterbringung — Alternativlos?“**

Herr Mones berichtet über den Fachtag am 02.03.2015 im SFBB. Insgesamt wird der Fachtag im Rückblick als sehr erfolgreich betrachtet. Das breite Themenspektrum hat zu einer Vielzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz unterschiedlichen Professionen geführt. Betreffend freiheitsentziehende Maßnahmen waren sich die Teilnehmenden darüber einig, dass diese – wenn überhaupt – nur als ultima ratio in Frage

kommen kann. Allgemein wird eine bessere und verbindlichere Kooperation der einzelnen Systeme untereinander angestrebt. Grundsätzlich sollte sich der LKJA auch weiterhin diesem Thema widmen.

Herr Decker bedankt sich bei allen Organisatoren – besonders beim UA HzE – für die effektive Vorbereitung. Die vom MBS im Vorfeld zusammengefasste Datensammlung zum Thema des Fachtages wird als gut und aussagekräftig gelobt. Insgesamt habe es ein gutes Feedback seitens der Teilnehmenden gegeben, verbunden mit der Bitte, weitere Fachtage zu organisieren.

## **TOP 6: Sozialarbeit an Schulen**

Herr Friedel informiert den Ausschuss darüber, dass der Haushaltsentwurf der Landesregierung vorsieht, in den Jahren 2015 bis 2018 jeweils Fördermittel zur Bezuschussung von 25 zusätzlichen Stellen für die Sozialarbeit an Schulen bereitzustellen, so dass 2018 die Vorgabe des Koalitionsvertrages zur Schaffung von 100 zusätzlichen Stellen erreicht werde. Die Mittel sollen nach denselben Rahmenvorgaben bewilligt werden wie die bisherige Personalkostenförderung aus, nur mit klarer Zweckbestimmung. Gleichzeitig ist im parlamentarischen Raum eine Bewegung zu verzeichnen, die darauf hinausläuft, die Stellen schon 2015 und 2016 zu je 50 bereitzustellen.

Frau Große informiert die Anwesenden kurz über den derzeitigen Verfahrensstand im Parlament. Durch die Anwesenden werden keine Nachfragen formuliert.

## **TOP 7: Berufspädagogik**

### 7.1. Berufspädagogik

Herr Friedel stellt kurz dar, dass es Angebote der Berufspädagogik in der Jugendhilfe als Förderprogramm des ESF schon in der vergangenen Förderperiode gab. Im Vergleich dazu gibt es in der neuen Förderperiode eine stärkere Konzentration – einerseits auf gruppenpädagogische Angebote als Folge der Kohärenzabstimmung mit dem Bund, andererseits auf Produktionsschulen und Angebote für alleinerziehende junge Mütter / Väter aus inhaltlichen Gründen. Es stehen insgesamt 11 Mio. EUR für den Zeitraum bis 2010 zur Verfügung, also etwa 2 Mio. EUR pro Jahr. Die geförderten Angebote bewegen sich im Rahmen von § 13 SGB VIII. Die jährlich verfügbaren Mittel reichen für ca. 200 Plätze. Für die Konzentration der Förderung auf Produktionsschulen und Angebote für junge Mütter und Väter spricht, dass deren höhere Kosten von den Jugendämtern nicht ohne weiteres aufgebracht werden. Dabei sind insbesondere Produktionsschulen ausweislich der

vorliegenden Evaluationen deutlich wirksamere Förderinstrumente. Die Jugendliche erleben in den Angeboten echte Produzenten-Kunden-Beziehungen, die Produkte müssen am Markt bestehen können.

Nach der erfolgten Abstimmung mit MASGF stehen folgende Rahmenbedingungen im Prinzip fest: Es wird eine Pauschale von ca. 25,- EUR pro Tag und Jugendlichen geben, das Problem der Einnahmen der Produktionsschulen scheint gelöst. Es wird der Einsatz von Pauschalen zur Verwaltungsvereinfachung einvernehmlich angestrebt.

## 7.2. Jugendhilfe/Schule

Frau Gellrich erläutert den Entwurf der Richtlinie betreffend die Förderung von Kooperationsprojekten von Jugendhilfe und Schule durch den ESF. Das entsprechende Vorgängerprogramm läuft zum 31.07.2015 aus. Das neue Programm soll mit dem kommenden Schuljahr 2015/16 beginnen. Ausgelegt auf sechs Schuljahre, wird die Gesamtförderung durch den ESF 19 Mio. EUR umfassen. Eine Kofinanzierung erfolgt in Form von Lehrerstellen. Grundsätzlich können 28 Projekte gefördert werden, wobei sich diese möglichst auf alle Landkreise verteilen sollen. Die Projekte, die durch die freien Träger der Jugendhilfe beantragt werden müssen, sollen im Bereich der Schule stattfinden. Das MBS hat als Partner vorab 75 Schulen bestimmt, auf die sich diese Projekte beziehen sollen. Eine Liste dieser Schulen wird zusammen mit der Richtlinie veröffentlicht. Zielgruppe des Programms sind Schulverweigerer, verhaltensauffällige Schüler/-innen sowie emotional-sozial benachteiligte Schüler/-innen der Sekundarstufe I, beginnend ab Jahrgangsstufe 7. Grundsätzliche Zielrichtung ist die Gewährleistung bzw. die Schaffung von Möglichkeiten für Abschlüsse und gelingende Übergänge. Daher wird das das Programm auf drei Förderschwerpunkte verweisen. Die Projekte sollen jeweils durch einen Beirat begleitet werden.

Betreffend die Ressortabstimmung ist eine Mitzeichnung durch das MASGF mittlerweile erfolgt, aktuell muss das MBS noch mitzeichnen bevor es letztendlich zu einer externen Mitzeichnung kommt. Diese ist nicht vor Mitte Mai zu erwarten. Es kann davon ausgegangen werden, dass die ca. Mitte Juni veröffentlicht wird. Unmittelbar anschließend wird bei der ILB ein Antragsportal freigeschaltet werden, über das man mit einer Frist von zwei Wochen Anträge stellen kann. Mitte September sollen dann die ersten Projekte anlaufen

Auf Nachfrage von Frau Dannenberg betreffend die Kriterien die zur Auswahl der vorab bestimmten Schulen genutzt wurden, nennt Frau Gellrich die Auswertung aktueller Daten. Ausgesucht wurden v.a. Schulen mit hohem Anteil von Schülern/-innen ohne Abschluss. Die

in Rede stehenden 75 Schulen sind zunächst für 4 Jahre gesetzt, anschließend wird es eine Evaluation geben.

Auf Nachfrage von Frau Große, wer denn die Schulen vorab im Verfahren unterstützt, erklärt Frau Gellrich, dass im Januar 2015 regionale Informationsveranstaltungen stattgefunden haben. Die Schulen sind demnach bereits informiert. Darüber hinaus wird die Landeskoooperationsstelle Schule/Jugendhilfe unterstützend tätig sein.

Auf Bitte von Herrn Scharf sagt Frau Gellrich zu, eine Zusammenfassung bzw. ein Eckpunktepapier zu verfassen und dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Es wird verabredet, dass das Benehmen betreffend die Richtlinie mit dem LKJA über Umlaufbeschlüsse erfolgen kann. Ferner wird Frau Gellrich das Programm bzw. die Richtlinie am voraussichtlich am 29.05.2015 im UA Hilfen zur Erziehung vorstellen. Die Anwesenden stimmen dem Verfahren einstimmig zu.

## TOP 8: Flüchtlingskinder

### 8.1 Kindertagesbetreuung

Kinder aus Asyl suchenden und  
Flüchtlingsfamilien  
Verteilung in die Kreise 2010 bis 2015

Anzahl der minderjährigen Kinder nach Alter	2010 Altersbe- rechnung mit Stichtag 31.12.2010	2011 Altersbe- rechnung mit Stichtag 31.12.2011	2012 Altersbe- rechnung mit Stichtag 31.12.2012	2013 Altersbe- rechnung mit Stichtag 31.12.2013	2014 Altersbe- rechnung mit Stichtag 31.12.2014	2015 Altersbe- rechnung mit Stichtag 28.02.2015
unter 3 Jahre	74	81	127	311	331	104
3 Jahre bis 5 Jahre	27	40	74	225	248	70
6 Jahre bis 12 Jahre	34	70	117	330	447	170
13 Jahre bis 18 Jahre	156	134	146	223	413	124
<b>Insgesamt</b>	<b>291</b>	<b>325</b>	<b>464</b>	<b>1089</b>	<b>1439</b>	<b>468</b>

Frau Klevenz erläutert die aktuelle Situation von Kindern aus Flüchtlingsfamilien im Kontext der Kindertagesbetreuung und bietet an, dem Ausschuss die genannten Daten für das Protokoll zur Verfügung zu stellen.

Nach Aussagen der Jugendämter sei eine hohe Fluktuation von Asyl suchenden und Flüchtlingsfamilien in den Kommunen und Kitas festzustellen. Ein z.T. formulierter Platzmangel ist jedoch nicht belegbar. Bislang hat es lediglich sechs Anträge auf Kapazitätserweiterung aufgrund der Betreuung von zugezogenen Kindern aus Flüchtlings-



und Asyl suchenden Familien gegeben, die alle kurzfristig positiv beschieden werden konnten. Nach Aussage der Jugendämter erweisen sich Eltern-Kind-Gruppen als ein gutes Format zur Integration und zum Übergang in die Regelsysteme.

Anders als für das Jahr 2015 berücksichtigen die Rückmeldungen aus den Jugendämtern und aus der Praxis zur Bedarfserhebung des SFBB 2016 auch das Thema Kindertagesbetreuung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien, so dass dieses auch im Angebot 2016 größeren Raum einnehmen wird; das MBSJ ist derzeit in Abstimmung mit der RAA, um interessierten Kitas Fortbildung und Praxisunterstützung im Setting Kita anbieten zu können.

## 8.2 Jugendarbeit

Frau Ebell erklärt, dass zur Flüchtlingsthematik bislang lediglich Fragen formuliert wurden, jedoch kaum inhaltliche Diskussionen geführt wurden. Grundsätzlich wird darum gebeten, den fachlichen Fokus auf die UmF zu setzen. Der UA JJJ will sich mittelfristig mit dem Landesaufnahmegesetz beschäftigen, das bis zum Ende des Jahres 2015 in Kraft ist.

Im Folgenden wird die Idee eines Inputreferates zur Thematik angesprochen.

Die Anwesenden verabreden, dass die Thematik in den UA zu bearbeiten sei. Dem Wunsch des UA JJJ nach einem Inputreferat im Hauptausschuss wird nicht entsprochen.

## **TOP 9: Änderung Kindertagesstättengesetz**

Herr Diskowski beschreibt die aktuelle Entwicklung betreffend die Änderungen des Kindertagesstättengesetzes. Die derzeit kurze Bearbeitungszeit ist u.a. dem Druck der Fachöffentlichkeit geschuldet, die zu einem geplanten Inkrafttreten der Änderungen bereits für 2015 geführt hat.

Die Änderungen beziehen sich auf drei wesentliche Aspekte:

- Personalschlüsselverbesserung
- Umsetzung in Finanzierungsverfahren
- Kostenausgleich

Für die Verteilung der Ausgleichsmittel an die kreisangehörigen Gemeinden war eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, da eine Direktfinanzierung des Landes an die Gemeinden als nicht sinnvoll erachtet wird. Diese Aufgabe soll als **Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung** ausgestaltet werden.

Betreffend das weitere Verfahren erläutert Herr Diskowski, dass die Ressortabstimmung Anfang April 2015 begonnen hat. Aktuell werden noch die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände abgewartet, um diese der Mitzeichnungsvorlage hinzuzufügen.

Der Gesetzesentwurf soll in der kommenden Kabinettsitzung am 19.05.2015 behandelt werden. Am 01.08.2015 sollen die Änderungen in Kraft treten.

Durch die Anwesenden werden keine Nachfragen formuliert. **Es wird vermerkt, dass der LKJA gem. § 12 Abs. 4 AG KJHG gehört wurde.**

Zukünftig sollen Entwürfe von Gesetzen und Rechtsverordnungen zeitnah dem LKJA bzw. dem UA Kindertagesbetreuung zur Kenntnis gegeben werden um die Möglichkeit einer Benehmensherstellung zu gewährleisten.

#### **TOP 10: Bericht der obersten Landesjugendbehörde**

Keine Ergänzungen durch die anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MBJS.  
Durch die Anwesenden werden keine Nachfragen formuliert.

#### **TOP 11: Landeshaushalt (Einzelplan 05/ Jugendhilfe)**

Durch die Anwesenden werden keine Nachfragen formuliert.

#### **TOP 12: Arbeitsweise des LKJA gem. § 12 Abs. 3 AG KJHG**

- Herr Mones berichtet von einem Gespräch des Vorstandes des LKJA mit dem Leiter der Abteilung Jugend und Sport im MBJS, Herrn Hilliger. Folgende Themen wurden besprochen:
  - Unterstützung des LKJA und dessen UA durch das MBJS
  - Finanzmittel des LKJA (10.000,- EUR pro Jahr)
  - Information des LKJA zu fachlichen Themen anderer Ressorts
- Herr Scharf bittet darum den Fokus der Ausschusssitzungen zukünftig auf inhaltliche Schwerpunkte und die damit verbundenen Diskussion zu setzen.

#### **TOP 13: Verschiedenes**

Frau Augustin informiert die Anwesenden über die Gründung des Landesverbandes der Tagesmütter/-väter am 26.04.2015.

Hr. Mones schließt die Sitzung um 17.00 Uhr.

gez. Bernd Mones  
Vorsitzender des LKJA

gez. David Grave  
Protokollführer/-in